

029

November 2012



JUNGE
IMPULSE

Sonderausgabe Europa

Europa gestern

Europäische Einigung: Ein langer, oft steiniger Weg

Auch wenn man es dieser Tage manchmal kaum glauben mag: Der Euro ist das bisherige Ergebnis einer Erfolgsgeschichte von über 60 Jahren europäischer Kooperation. Die Fundamente dafür wurden gelegt, als Europa in den Trümmern des von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieges lag. Mit der Gründung der "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" im Jahr 1952 sollte nicht nur der Vorläufer des heutigen europäischen Binnenmarktes geschaffen werden, vor allem wurden die zur erneuten Aufrüstung erforderlichen Güter Kohle und Stahl unter supranationale Kontrolle gestellt. In den folgenden Jahrzehnten wurde die Zusammenarbeit kontinuierlich immer weiter ausgebaut, von den Römischen Verträgen von 1958, die einen gemeinsamen Wirtschaftsraum schufen, über das Abkommen von Schengen, das den Wegfall der Grenzkontrollen vorsah bis zur Einführung der gemeinsamen Währung Euro im Jahr 2002. Es lohnt, sich diese bewegte Geschichte gelegentlich in Erinnerung zu rufen. → [Weiter...](#)

Geschichte des Kapitalismus: Es war einmal ein Wirtschaftssystem...

Nach dem Fall der Mauer im Jahr 1989 und dem folgenden Zusammenbruch des Staatssozialismus in Osteuropa glaubten viele Beobachter, der Kapitalismus habe den Wettstreit der Systeme gewonnen, der seit den 1950er-Jahren ausgetragen worden war. Der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama sprach gar vom „Ende der Geschichte“ und sah ein Zeitalter weltweiter Verbreitung des westlichen Modells von repräsentativer Demokra-

tie und Kapitalismus heraufziehen. Heute wissen wir, dass die geschichtliche Entwicklung keineswegs am Ende ist, zumal der Kapitalismus viel von seiner damaligen Attraktivität verloren hat. Auch in den westlichen Ländern ist das kapitalistische System nicht erst mit der gegenwärtigen Krise an den Finanzmärkten ins Stottern geraten. Tatsächlich profitiert nur noch eine Minderheit von der aktuellen Wirtschaftsordnung während ihr eine weltweite Mehrheit zunehmend skeptisch gegenüber steht. → [Weiter...](#)

Demokratie in Europa: Totalitäre Experimente in Ungarn

Galt die Europäische Union viele Jahrzehnte als Garant demokratischer und rechtsstaatlicher Mindeststandards, so scheint dies in den letzten Jahren zunehmend weniger zu gelten. Denn seit 2010 vollzieht sich in Ungarn unter den Augen der europäischen Öffentlichkeit eine dramatische Entwicklung, ohne dass Brüsseler Spitzenfunktionäre ernsthaft Einspruch erheben. Die nationalkonservative Regierung unter Premier Viktor Orbán engt nicht nur die Pressefreiheit dramatisch ein und erschwert das allgemeine Wahlrecht, sie sieht insbesondere wiederholten programmatischen Ausschreitungen gegen Sinti und Roma tatenlos zu. Diese wurden von Mitgliedern der neofaschistischen Partei "Jobbik", die bei der letzten Wahl zur drittstärksten Kraft im Parlament wurde, aktiv unterstützt, etwa durch "Wehrübungen" in mehrheitlich von Sinti und Roma bewohnten Dörfern. EU-Politiker übten unterdessen harsche Kritik – am geplanten Zentralbankgesetz, das Orbáns Partei "Fidesz" weitgehende Kontrolle über die Geldpolitik seines Landes geben sollte. Die totalitären Experimente des ungarischen Premiers hingegen wurden in Brüssel nur gelegentlich und ohne viel Engagement angesprochen. → [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

029

Info-Teaser für Aktive
Sonderausgabe Europa



Demokratie in Europa: Rechtsbruch und Korruption in Rumänien

Während in Ungarn der Eindruck entstehen kann, die Demokratie solle gezielt untergraben und abgeschafft werden, ist Rumänien in Folge drastischer Sparprogramme in einer Staatskrise gestürzt, in der demokratische Prinzipien geschleift und EU-Gesetze ignoriert werden. Im Streit zwischen Ministerpräsident Victor Ponta und dem abgesetzten konservativen Präsidenten Traian Băsescu geht es um gegenseitige Korruptionsvorwürfe und um die dramatischen Auswirkungen des Sparkurses der vergangenen Jahre. Die Krise hatte begonnen, nachdem eine Koalition aus Nationalliberalen, Sozialdemokraten und konservativen Überläufern ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Băsescu eingeleitet hatte, das im Juni 2012 mangels ausreichender Beteiligung gescheitert war. Ponta hatte im Sommer Termine im Namen des Präsidenten wahrgenommen und damit gegen die rumänische Verfassung verstoßen. Unterdessen formuliert die junge Generation in Rumänien in Unmut über den endlosen Streit der politischen Klasse. "Neam săturat de voi" – "Wir haben euch satt" ist das Motto einer breiten Protestbewegung der Jungen Generation, die ihrem Unmut auf unterschiedlichste Weise kreativen Ausdruck verleiht. [→ Weiter...](#) und [→ Weiter...](#)

Rechter Terror in Europa: DGB Jugend trauert – und mahnt

Die DGB-Jugend hat ihrer Trauer um die Opfer der Terroranschläge in Norwegen Ausdruck verliehen. Das Massaker zeige, wohin Rechtspopulismus und Islamophobie führen, so die DGB-Jugendorganisation am 25. Juli in Berlin. Wer menschenverachtende Vorurteile schüre, mache sich mitschuldig an den Opfern rechter Gewalt, hieß es in einer Erklärung. René Rudolf, Bundesjugendsekretär des DGB, forderte die Politik auf, "über das geistige Klima nachdenken, das zu solchem Wahnsinn führt". Eric Leiderer, Bundesjugendsekretär der IG Metall, fügte hinzu: "Seit den Morden des Zwickauer Nazi-Trios wissen wir leider, dass rechter Terror in Europa kein Einzelfall mehr ist, gerade in Deutschland muss uns das besonders aufrütteln", sagte Leiderer, der auch Mitglied im DGB-Bundesjugendausschuss ist. Die Hintergründe der Morde und die unsäglichen Verstrickungen der Sicherheitsbehörden mit den Neonazis müssten restlos und konsequent aufgeklärt und bekämpft werden, hieß es weiter. Seit 1990 sind mindestens 156 Menschen rechten Gewalttaten zum Opfer gefallen. [→ Weiter...](#)

Gerechtigkeit in Europa: Steuerwettlauf nach unten

Europäische Union und nationale Regierungen pumpen Milliarden in die Finanzmärkte, Kommunen stehen europä-

weit vor dem Bankrott, Löhne stagnieren und Sozialleistungen werden gekürzt – aber die Steuern für Unternehmen befinden sich seit über 20 Jahren auf dem Sinkflug. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bremer Jacobs University, der Central European University in Budapest und des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI). Allein Deutschland hat demnach die Unternehmenssteuern in den letzten 10 Jahren um 21,8 Prozent gesenkt, im EU-Durchschnitt führten die Firmen gerade noch 23,2 Prozent ihrer Gewinne an die öffentliche Hand ab. Grund für diese Entwicklung sei der Studie zufolge die Deregulierung des europäischen Marktes und die Weigerung der Mitgliedsländer, sich auf einen gemeinsamen Steuersatz zu einigen. [→ Weiter...](#)

Europa heute

Jugend in der EU: Krise bedroht Zukunft einer ganzen Generation

Die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen eilt in Europa von einem Negativrekord zum nächsten, zahlreichen Erhebungen zufolge droht der EU eine "verlorene Generation". Vor allem in den Krisenländern des Mittelmeerraums hat über die Hälfte der jungen Menschen keine Arbeit. So stieg die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien und Griechenland auf rund 55 Prozent, in Portugal und Italien auf rund 35 und in Frankreich auf immer noch über 25 Prozent. EU-weit waren einer Studie der "Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen" (Eurofund) zufolge im Jahr 2011 rund 14 Millionen junge Menschen zwischen 15 und 29 Jahren ohne Job. Ohnehin haben die Jungen überdurchschnittlich stark unter den Folgen der Finanzkrisen zu leiden, da sie deutlich häufiger von befristeten und prekären Arbeitsverhältnissen betroffen sind, wie zahlreiche Studien aus den letzten Jahren zeigen. Deutschland steht mit rund 7,6 Prozent Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich mit am besten da, auch hierzulande arbeiten jedoch gut ein Drittel der jungen Beschäftigten in befristeten und unterbezahlten Jobs. [→ Weiter...](#) und [→ Weiter...](#)

EU-weiter Protest "ACTA"-Abkommen mobilisiert Zehntausende

Zehntausende Internet-Aktivisten haben im Februar in ganz Europa gegen das umstrittene internationale Urheberrechtsabkommen "ACTA" demonstriert, allein in Deutschland gingen mehr als 25.000 Demonstranten in zahlreichen Städten auf die Straße. Auf Plakaten forderten die Teilnehmer "Freiheit im Internet" und eine "Reform des Urheberrechts". Das Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen soll Produkt- und Markenpiraterie verhindern und weltweit den Schutz geistigen Eigentums verbessern und

029

Info-Teaser für Aktive
Sonderausgabe Europa



soll für sämtliche Wirtschaftszweige gelten. Kritiker, zu denen auch die Piratenpartei und die Occupy-Bewegung gehören, fürchten indes, dass das Abkommen die Freiheit im Internet einschränken könnte. Sie weisen darauf hin, dass viele ACTA-Bestimmungen einen großen Interpretationsspielraum lassen würden und Missbrauch daher nicht auszuschließen sei. Zudem wurde kritisiert, dass Lobbyisten der Musik- und Filmindustrie massiv Einfluss auf das Vertragswerk genommen hätten. → [Weiter...](#)

Deutschland und Europa: Italiener gegen Schäubles "Schweine-System"

Italien ist in der Finanzkrise eines der aktuellen Sorgenkinder der EU: Ex-Banker und EU-Kommissar Mario Monti sorgt dafür, dass die Interessen "der Märkte" gegen die Interessen der italienischen Bevölkerung durchgesetzt werden, der deutsche Finanzminister Schäuble versucht unterdessen, italienischen Studenten zu erklären, warum es zu dieser Politik aus seiner Sicht keine Alternative gibt. In Anlehnung an die EU-interne Bezeichnung "PIIGS-Staaten" (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) demonstrierten Studenten in Schweinemasken bei einem Auftritt Schäubles in Florenz gegen die Politik der EU und der deutschen Bundesregierung. Schäuble und Merkel würden ihre Politik mit einer "Schlachtermentalität" durchsetzen und die Menschen in den "PIIGS"-Staaten "mit Mechanismen der Zerstörung" strafen und unterdrücken, kritisierten die Studenten. Schäuble beharrte auf seinem Standpunkt, die gegenwärtige Politik sei notwendig für die Rettung des europäischen Projekts. → [Weiter...](#)

Systemdebatte: Kapitalismus als Ideologie

Joseph Stiglitz gehört zu den Ökonomen, die sowohl die derzeitige Krise als auch die gesellschaftlichen Folgen in den betroffenen Ländern früh vorausgesagt haben. Die neoliberal geprägte Politik der so genannten Troika aus EU, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Zentralbank (EZB) ist für den Nobelpreisträger ein weiteres Mal Anlass, die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft vor den Folgen ihrer aktuellen Konzepte zu warnen. Die in den USA und Europa gleichermaßen durchgesetzte Sparpolitik sei in ihren Konsequenzen verheerend und würde die Wirtschaft weiter schwächen, warnt Stiglitz. Das habe sich bereits mehrfach in Asien und Lateinamerika gezeigt. Er schlägt eine international abgestimmte Strategie zur Stärkung des Wirtschaftswachstums durch Konjunkturprogramme vor und fordert "mehr Gleichheit, eine stärkere Regulierung und ein besseres Gleichgewicht zwischen Markt und Staat". → [Weiter...](#)

Systemdebatte: Kapitalismus gegen Demokratie

Die im Sommer 2011 im Zuge der so genannten Euro-Krise herbeigeführten Regierungswechsel in Italien und Griechenland haben eine breite Debatte über den Zustand der Demokratie in Europa ausgelöst. Der Philosoph Jürgen Habermas etwa appellierte in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) eindringlich an die Politiker, "die Würde der Demokratie" zu retten. Selbstverständliche demokratische Prozesse würden Ratingagenturen, Bankenverbänden und Finanzanalysten überlassen, so Habermas. Die Regierungswechsel in Griechenland und Italien seien in beiden Ländern auf Druck "der Märkte" durchgesetzt worden und demokratisch nicht legitimiert. Die so genannten "technical governments" in Athen und Rom seien besetzt mit Finanzfachleuten, die viel von der Logik des Kapitals und wenig von echter Demokratie verstünden, so der Autor. Zuvor hatte FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher in einem Beitrag geschrieben, die Demokratie werde in der Euro-Krise zugunsten kurzfristiger "Marktkonformität" verramscht. Auch international stieß der Umgang mit der so genannten Schuldenkrise auf harsche Kritik. → [Weiter...](#)

Weltweite Systemkrise: Club of Rome prognostiziert Jugendaufstand

1972 veröffentlichte der Club of Rome den Bericht "Die Grenzen des Wachstums" und legte damit den Grundstein für eine Debatte über wirtschaftliches Wachstum, die bis heute andauert. Vier Jahrzehnte später legt die Organisation nun einen weiteren großen Bericht vor. "2052 – A Forecast for the Next Forty Years" heißt das Werk, das eine Welt am Abgrund zeichnet. "Die Menschheit hat die Ressourcen der Erde ausgereizt und wir werden in einigen Fällen schon vor 2052 einen örtlichen Kollaps erleben", so Autor Jorgen Randers, der auch 1972 schon an den "Grenzen des Wachstums" mitgearbeitet hat. "'Business as usual' ist keine Option, wenn wir wollen, dass unsere Enkelkinder auf einem zukunftsfähigen und gerechten Planeten leben", so Randers weiter. Dem Bericht zufolge wird die Menschheit in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts mit einem galoppierenden Klimawandel und dramatischen sozialen Verwerfungen konfrontiert sein. Zugleich sagen die Autoren eine Revolution der Jungen Generation für die 20er-Jahre unseres Jahrhunderts voraus. → [Weiter...](#)

Staatsschulden: "Die Schuldenfrage ist eine Verteilungsfrage"

Ganz Europa, so heißt es, stecke in einer dramatischen Krise staatlicher Verschuldung, viel zu lange hätten wir "über unsere Verhältnisse" gelebt, ab jetzt könne man nur

029

Info-Teaser für Aktive
Sonderausgabe Europa



noch ausgeben, was man zuvor auch eingenommen habe. Dabei wird unwillkürlich unterstellt, Staaten hätten die gleichen Probleme wie private Haushalte. In ganz Europa treten Politiker mit dieser Argumentation an die Öffentlichkeit, um die drastischen Kürzungen in öffentlichen Haushalten und die Schließungen von Schwimmbädern, Schulen oder Theatern zu rechtfertigen. Wie falsch dieser Vergleich ist, zeigt Ökonom Dirk Hierschel in einem Beitrag im Online-Magazin des DGB "Gegenblende". Schulden, so argumentierte Hierschel, ließen sich stets als Vermögen auf der "anderen Seite" einer Volkswirtschaft finden, die Schuldenfrage sei daher in Wahrheit eine Verteilungsfrage. Die aktuelle Diskussion um den Abbau von Staatsschulden stellt sich in diesem Licht mehr als der wiederholte Versuch dar, den Sozialstaat zu demontieren und die Gewinne der Reichen zu schonen. [→ Weiter...](#)

Europäische Öffentlichkeit: Digitale Partizipation "fast unmöglich"

Auf nationaler Ebene ist das Internet für viele Akteure der etablierten Parteien oftmals unsicheres oder unbekanntes Terrain, insbesondere Politiker der Unionsparteien fielen in der Vergangenheit mit allerlei Entgleisungen auf. Auf europäischer Ebene sieht es leider kaum anders aus. Während einzelne nationale Parlamente wie der deutsche Bundestag Online-Petitionen bereits zulassen, sind auf europäischer Ebene noch keine Bemühungen in dieser Richtung erkennbar. Im Gegenteil: Brüsseler Politiker scheinen sich weniger für die Chancen des Internets wie etwa mehr Beteiligung zu interessieren, sie versuchen vielmehr, die Freiheit im Netz einzudämmen. Diskussionen um Vorhaben wie INDECT oder internationale Abkommen wie ACTA zeugen davon, dass die maßgeblichen Akteure auf europäischer Ebene bislang eher versuchen, repressive Maßnahmen gegen Informationsfreiheit im Internet zu ergreifen. Unterdessen entsteht langsam eine europaweit vernetzte Szene, die sich für eine digitale Zivilgesellschaft in der EU stark macht, eine Handvoll Nichtregierungsorganisationen in Brüssel bemühen sich verstärkt um EU-weite Koordination der jeweiligen nationalen Initiativen. [→ Weiter...](#)

Planspiel: Rückkehr zur Mark heiße Wirtschaftscrash

Was, wenn nicht Griechenland oder Portugal aus dem Euro gehen sondern Deutschland seinen Austritt verkünden würde? Der Chef des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung hat durchgespielt, wie ein solches Szenario ablaufen könnte, welche Folgen damit für Deutschland und den Rest des Euro-Raums verbunden wären – und welche Rolle Rechtspopulist Sarrazin dabei spielen könnte. Kurz zusammengefasst sieht es demnach zunächst so aus, als wirke sich

die Rückkehr zur D-Mark positiv für Deutschland aus, bald jedoch gerät die deutsche Wirtschaft massiv ins Schlingern und befindet sich nach nur einem Jahr in einer tiefen Rezession. Im Rest des Euro-Raums hingegen verläuft die Entwicklung positiv, die verbleibenden Euro-Staaten einigen sich auf einen solidarischen Ausgleich der wirtschaftlichen Ungleichgewichte und steuern langsam aber sicher wieder ins Plus. Und Thilo Sarrazin dementiert am Ende, jemals den Austritt aus dem Euro empfohlen zu haben.

[→ Weiter...](#)

Initiative "Ich will Europa": Konzern-Stiftungen werben für europäische Idee

Die schwelende Euro-Krise und die milliarden schweren Rettungsmaßnahmen untergraben zusehends nicht nur das Vertrauen in den Euro und die Europäische Union, auch die grundlegende Idee der europäischen Einigung droht an Zustimmung zu verlieren. Die Initiative "Engagierte Europäer" hat sich daher zum Ziel gesetzt, "vor dem Hintergrund der anhaltenden Krisenschlagzeilen" ein "sichtbares und positives Signal für ein starkes Europa" zu senden. Zahlreiche Prominente haben sich gewinnen lassen, vom gegenwärtigen Außenminister Westerwelle über Daimler-Boss Zetsche bis zu Volksmusik-Sternchen Florian Silbereisen werben mehr als 30 "Botschafter" für die Ziele der Kampagne. Kritik am derzeitigen Kurs Europas und den aktuellen Entwicklungen etwa in Südeuropa wird dabei weitgehend ausgespart, die Statements auf der Kampagnenseite im Internet sind durchweg positiv. Hinter der Initiative stehen zwölf große Stiftungen deutscher Konzerne, unter anderem die Mercator-Stiftung, die Robert Bosch-Stiftung, die Bertelsmann-Stiftung und die BMW-Stiftung Herbert Quandt. [→ Weiter...](#)

Weltweite Systemkrise: 2011 – ein Sommer der Proteste

Von Tel Aviv bis Madrid, von Athen bis New York waren die Sommermonate des Jahres 2011 geprägt von wütenden Protesten der Jungen Generation. Weltweit gingen junge Menschen gegen Bankenrettungen und für eine soziale Form des Wirtschaftens und "echte Demokratie" auf die Straßen, die Bewegungen der "Empörten" in Spanien und "Occupy Wall Street" in New York besetzten öffentliche Plätze über viele Wochen und Monate. Auch in Deutschland blieb der Platz vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt bis weit in das Jahr 2012 hinein von Aktivisten besetzt. In London und zahlreichen weiteren britischen Städten kam es im August 2011 zu tagelangen Krawallen, bei denen Tausende häufig arbeitslose junge Menschen Geschäfte plünderten und in Brand steckten. Nach Ansicht des international renommierten Soziologen Richard Sennett waren sowohl die friedlichen Proteste als auch die gewalttätigen

029

Info-Teaser für Aktive
Sonderausgabe Europa



und unpolitischen Krawalle eine direkte Folge neoliberaler Politik, die insbesondere der jungen Generation die ökonomischen Perspektiven nimmt.

→ Weiter... und → Weiter...

Flucht nach vorne: "Vereinigte Staaten von Europa" gefordert

Die Forderung nach einer Vereinigung der europäischen Staaten ist älter als die Europäische Union und wird gerade in der gegenwärtigen Krise wieder öfter und neu diskutiert. Im Zentrum steht dabei zumeist eine noch engere Abstimmung der Finanz- und Wirtschaftspolitik, um Krisen wie die derzeitige Euro-Krise beherrschbarer zu gestalten. Nun haben elf EU-Außenminister Vorschläge zur Zukunft der EU vorgelegt. Darin skizzieren sie eine politische Union "mit einem Parlament, das europäische Gesetze erlässt; mit einer Kommission, die die Arbeit einer europäischen Regierung verrichtet, und deren Präsident aus direkter Wahl hervorgeht; und mit einem Rat, der als zweite Kammer die Anliegen der Mitgliedstaaten vertritt". Ex-Außenminister Joschka Fischer hatte die Debatte um die "Vereinigten Staaten von Europa" 2001 an der Berliner Humboldt-Universität losgetreten, der gegenwärtige Amtsinhaber Westwelle hatte mehrfach versucht, daran anzuknüpfen.

→ Weiter...

Europa morgen

Aufruf zum Umdenken:

Demokratie und Solidarität für Europas Zukunft

Ein Bündnis aus führenden Gewerkschaftern, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern hat einen Aufruf gestartet, die aktuelle Politik in Europa zu überdenken und die Krise "durch Solidarität und Demokratie" anstatt durch die gegenwärtige Sparpolitik zu beenden. Den Autoren zufolge würden "Staatsdefizite zu einer (Sozial-) Staatsschuldenkrise umgedeutet, um eine desaströse Politik zu legitimieren", zusätzlich drohe der von der deutschen Regierung durchgedrückte Fiskalpakt die politische und soziale Demokratie in den Mitgliedstaaten irreparabel zu beschädigen, heißt es in dem Aufruf mit dem Titel "Europa neu begründen". Die Fortführung der derzeitigen Politik sei wirtschaftspolitisch kontraproduktiv, sozial verantwortungslos und demokratiepolitisch destruktiv und müsse durch "mehr wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit und demokratischen Mut" ersetzt werden. Der Aufruf wurde unter anderem initiiert von IG-Metall Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban, DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntbach und dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske. Bereits 2010 hatte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, in seinem Buch "Kurswechsel für Deutsch-

land" für eine "Wiedergewinnung des Primates demokratisch legitimer Politik" und eine Abkehr vom finanzmarktgetriebenen Kapitalismus ausgesprochen.

→ Weiter... und → Weiter...

Aufruf zum Austausch: Europas Neugründung von unten

Eine ungewöhnliche Antwort auf die Euro-Krise haben der Soziologe Ulrich Beck und der grüne Europa-Politiker Daniel Cohn-Bendit gegeben: Sie fordern "ein Freiwilliges Jahr für alle – für Taxifahrer und Theologen, für Angestellte, Arbeiter und Arbeitslose, für Musiker und Manager, für Lehrer und Lehrlinge, Künstler und Köche, Richter und Rentner, für Frauen und Männer" in einem anderen Land Europas. Dieses freiwillige Jahr solle auf dem bestehenden "Europäischen Freiwilligendienst" aufbauen, der seit 1996 innereuropäischen Jugendaustausch fördert. Damit wollen die Initiatoren einen Schritt zu einer neuen europäischen Zivilgesellschaft machen und "dem bisher vorherrschenden Europa der Eliten und Technokraten" ein Europa von unten entgegensetzen. Ihrem "Manifest zur Neugründung Europas von unten" haben sich zahlreiche prominente Unterstützer angeschlossen, von Politikern wie Jacques Delors oder Joschka Fischer über Künstler wie Christa Wolf oder Olafur Eliasson bis zu Intellektuellen wie Jürgen Habermas oder Richard Sennett. → Weiter...

Europäische Solidarität: Erster europaweiter Generalstreik

Zum ersten Mal ruft der Europäische Gewerkschaftsbund mit seinen Mitgliedsgewerkschaften in vielen europäischen Ländern zu einem Generalstreik am gleichen Tag auf. Zahlreiche Gewerkschaften aus verschiedenen europäischen Ländern haben sich dem Aufruf für den 14. November angeschlossen. So ist in Italien ein vierstündiger Generalstreik geplant, in Griechenland wird die Arbeit niedergelegt, in Großbritannien hatten einige Tage zuvor bereits über 100.000 Menschen gegen die Kürzungspolitik der Regierung Cameron demonstriert, der britische Gewerkschaftsverband TUC hat für die "nächste Zukunft" einen Generalstreik angekündigt. Der Generalstreik richtet sich gegen Einschnitte in Löhne und soziale Sicherungssysteme und weitere Angriffe auf das Europäische Sozialmodell und fordert endlich konkrete Maßnahmen für nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) unterstützt den Aktionstag mit Kundgebungen in allen großen deutschen Städten. → Weiter...

Demokratie in Europa: Straßburg als neue Hauptstadt

Die alle vier Jahre stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament erfreuen sich seit Jahrzehnten stetig sin-

029

Info-Teaser für Aktive
Sonderausgabe Europa



kender Beliebtheit. Die Wahlbeteiligung von nur rund 40 Prozent mag angesichts des geringen Einfluss der Straßburger Parlamentarier nicht verwundern – der italienische Rechtsprofessor Andrea Manzella sieht im Europäischen Parlament dennoch den Ausgangspunkt einer künftigen, erneuerten EU auf der Basis von Demokratie und Solidarität. In einem Beitrag in der römischen Zeitung "La Repubblica" regt er dazu an, die 2014 wieder anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament nicht wie bisher als nationale Wahl für das Straßburger Plenum abzuhalten, sondern sie EU-weit zu koordinieren: "Die Staaten könnten, ohne die Verträge zu ändern, ein 'einheitliches Wahlverfahren' einführen, das den großen europäischen Parteien ermöglicht, Kandidaten auszutauschen und Spitzenkandidaten in mehreren Ländern aufzustellen." Verbunden mit einer intensivierten Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten könnte so die "oft bemühte 'politische Union' 2014, hundert Jahre nach dem Ausbruch der ersten europäischen Tragödie" ein Stück weit Realität werden, so Manzella. [Weiter...](#)

Zukunft der Demokratie:

Auf dem Weg zur Beteiligungs-Demokratie

"Protest – Bewegung – Umbruch" ist der Titel eines Buches, das die Jugendorganisationen der DGB-Gewerkschaften, darunter auch die IG Metall Jugend, im Mai gemeinsam vorgestellt haben. Das Buch verschafft erstmals einen Überblick über die Proteste der Jungen Generation in Europa und stellt Gemeinsamkeiten heraus. Auf 184 Seiten schreiben verschiedene Autoren aus der Innenperspektive der europäischen Protestbewegungen von den Studentenprotesten in Rom bis zu Stuttgart 21. Die Herausgeber wollten mit dem Buch ein neues Selbstverständnis der 20- bis 40-Jährigen dokumentieren, hieß es. Die Jugend wolle nicht mehr bloß Empfänger politischer Entscheidungen sein sondern mitdenken, mitreden und mitentscheiden können. Die gegenwärtigen Konflikte seien daher kein Strohfeuer, weil neue politische Allianzen entstünden, so die Herausgeber. Angesichts der Vielzahl weltweiter Proteste in 2011 erschiene unterdessen eine Aktualisierung so interessant wie geboten. [Weiter...](#)

Zukunftsprogramm:

"Mehr Gerechtigkeit wagen"

Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, hat nicht nur entscheidenden Anteil am zunehmend erfolgreichen Kurs der IG Metall in den vergangenen Jahren, er tritt nun auch als Buchautor in Erscheinung. Sein Buch mit dem Titel "Mehr Gerechtigkeit wagen: Der Weg eines Gewerkschafters" befasst sich mit den Möglichkeiten gewerkschaftlicher Handlungsmacht in Zeiten globalisierter Wirtschaft und betont, wie wichtig demokratische Teilhabe für den

Erfolg unter diesen neuen Bedingungen ist. Wetzel schaut zurück auf die Geschichte der "Arbeitnehmer-Gesellschaft" von den 70er- und 80iger-Jahren bis in die Gegenwart. Wo stehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heute? Wie präsentiert sich die Lebenswirklichkeit damals und heute? Welche weit reichenden Folgen haben die Veränderungen für die Gesellschaft und für den Einzelnen? Für Wetzel ist die Zeit reif für eine Wiederbelebung der Demokratie und des aktivierenden Sozialstaats. Dem Pendel der Geschichte will er eine andere Richtung geben und "mehr Gerechtigkeit wagen". [Weiter...](#)

Gegenwartsdiagnose:

"Empört Euch!"

Eines der wirkungsmächtigsten Bücher der letzten zwei Jahre dürfte ein dünnes Heft eines 94-jährigen Franzosen sein, das Ende 2010 in Frankreich und Anfang 2011 in Deutschland erschien. "Empört euch" heißt der Aufruf des legendären ehemaligen Nazi-Widerstandskämpfers Stéphane Hessel, der auch Mitunterzeichner der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948 war. Sein Text analysiert die Gegenwart genau, er prangert die Diskriminierung von Ausländern an, kritisiert mangelnde Unabhängigkeit der Medien, schlechten Zugang zu Bildung und Ausbildung, die marktradikale Wirtschaftspolitik und fortschreitende Umweltzerstörung. Hessel appelliert an die Bürger, ihre passive Gleichgültigkeit zu überwinden und ruft zu gewaltloser Revolte und zivilem Ungehorsam auf. Im Verlauf der letzten zwei Jahre haben sich die Protestbewegungen vor allem in Südeuropa in Anlehnung an den Titel "Die Empörten" genannt. [Weiter...](#)

Zukunft Europas:

Ohne Sozialstaat keine Demokratie

Nach Jürgen Habermas, der im Sommer 2011 einen Essay "Zur Verfassung Europas" veröffentlichte, legt nun der Soziologe und Sozialphilosoph Oskar Negt einen Text mit dem Titel "Gesellschaftsentwurf Europa" vor. Negt kritisiert, dass der Markt nicht mehr nur den ökonomischen, sondern auch den politischen, kulturellen und sozialen Bereich durchdringe und warnt vor einer "kulturellen Erosionskrise", die nicht nur kulturelle Bindungen zerstöre und eine "Armee der Überflüssigen" produziere, sie erleichtere auch Propagandisten rechtsradikaler Ideologien das Geschäft. Für Negt ist klar: Ohne Sozialstaat gibt es keine Demokratie, zunehmende ökonomische Unsicherheit für Millionen von Menschen untergrabe die Fundamente einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Er plädiert daher für eine solidarische Ökonomie, die etwa den Griechen helfe, ihre wirtschaftlichen Strukturen wieder aufzubauen und das Geld nicht den Banken zur Sicherung ihrer Milliarden Gewinne gebe. [Weiter...](#)



**ANDERE GRÜNDEN
PARTEIEN.
WIR GRÜNDEN
EINEN STAAT.**

**NEUSTAAT
AM 06.12.2012:
WIR REBOOTEN
DAS SYSTEM.**

WWW.NEUSTAAT.EU